

Insolvenzrecht

Keller

2., völlig neu bearbeitete Auflage 2020

ISBN 978-3-8006-4863-4

Vahlen

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Ulrich Keller | Insolvenzrecht

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Insolvenzrecht

Von
Ulrich Keller
Professor an der
Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

2., völlig neu bearbeitete Auflage 2020

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Verlag Franz Vahlen

Zitervorschlag: *Keller* InsR Rn.

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.vahlen.de

ISBN Print 978 3 8006 4863 4

ISBN E-Book 978 3 8006 5827 5

© 2020 Verlag Franz Vahlen GmbH

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH

Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Druck und Bindung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Kirrberg


vahlen.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Dem Insolvenzrecht wird aus zweierlei Gründen von Studierenden der Rechtswissenschaften mit Ehrfurcht begegnet. Zum einen ist es ein seit Inkrafttreten der Insolvenzordnung von zahlreichen Reformen gepeinigtes Rechtsgebiet, bei welchem kaum der Überblick behalten werden kann. Zum anderen erscheint es als besonders schwieriges Rechtsgebiet, weil es fast alle sonstigen Rechtsgebiete beeinflusst und zudem auch noch betriebswirtschaftliche Aspekte beinhaltet. Wie bereits im Vorwort der ersten Auflage erwähnt, ähnelt es dem Glasperlenspiel in *Hermann Hesses* gleichnamigem Roman, bei welchem alle wissenschaftlichen Erkenntnisse in das jährlich stattfindende Spiel eingewoben werden, wobei *Hermann Hesse* den Leser darüber im Unklaren lässt, was genau der Inhalt des Glasperlenspiels ist.

Das vorliegende Lehrbuch will den Studierenden nicht im Unklaren lassen. Es beinhaltet in einer systematischen wie auch chronologischen Herangehensweise sämtliche Aspekte des Insolvenzrechts und des Insolvenzverfahrens. Wichtig ist hierbei, dass die Zusammenhänge mit anderen und Ausstrahlungswirkungen auf andere Rechtsgebiete berücksichtigt werden. Dies gilt sowohl für das so genannte materielle Insolvenzrecht wie auch das Insolvenzverfahren. Nur wer das Grundsystem des Insolvenzrechts versteht, kann auch seine Spielarten begreifen. In der aktuellen rechtspolitischen Diskussion wird das Insolvenzrecht zumeist als Instrument der Unternehmenssanierung begriffen, alles scheint hierauf ausgerichtet. Zu wenig wird dabei beachtet, dass auch die Sanierung als Verfahrensziel in das allgemeine Insolvenzrecht eingebettet sein muss, um einerseits eine Gleichbehandlung der Gläubiger zu gewährleisten und andererseits alle Verfahrensbeteiligten, auch den Schuldner oder Inhaber von Mitgliedschaftsrechten, angemessen zu berücksichtigen.

Die zweite Auflage fängt die Entwicklungen im Insolvenzrecht bis zum Frühjahr 2020 ein. Eingearbeitet sind die Änderungen des Gesetzes zur Erleichterung der Sanierung von Unternehmen aus dem Jahre 2012, die Reform der Restschuldbefreiung aus dem Jahre 2014, die Reform der Insolvenzanfechtung aus dem Jahre 2017, das Konzerninsolvenzrecht und das internationale Insolvenzrecht mit einem Ausblick auf die EU-Richtlinie über präventive Restrukturierungsrahmen.

Das Buch beinhaltet neben zahlreichen Übersichten mehr als 130 Beispielsfälle aus der höchstrichterlichen Rechtsprechung. Dabei sind insbesondere die in der Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen (BGHZ) aufgenommenen Entscheidungen berücksichtigt. Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs prägt vor allem im Anfechtungsrecht das Insolvenzrecht nachhaltig. Mit der Einbindung älterer Literatur und Rechtsprechung auch zum früheren Konkursrecht wird gezeigt, dass die Insolvenzordnung nicht singulär aus dem Nichts geschaffen wurde. Sie bildet heute den Rahmen für ein Insolvenzrecht, das seit dem römischen Recht in seinen Grundzügen besteht.

Berlin, im April 2020

Ulrich Keller

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Verzeichnis der Muster und Übersichten	XXXV
Abkürzungsverzeichnis	XXXVII
Literaturverzeichnis	XLI
1. Teil. Grundsätze des Insolvenzrechts	1
1. Kapitel. Die Stellung des Insolvenzrechts im Wirtschafts- und Rechtsleben	1
2. Kapitel. Die Beteiligten des Insolvenzverfahrens	25
2. Teil. Der Ablauf des Regelinsolvenzverfahrens	165
3. Kapitel. Das Insolvenzeröffnungsverfahren	165
4. Kapitel. Das eröffnete Insolvenzverfahren	235
3. Teil. Das so genannte materielle Insolvenzrecht	281
5. Kapitel. Die vermögensrechtlichen Wirkungen der Insolvenzeröffnung	281
6. Kapitel. Die Leistungserfüllung nach Insolvenzeröffnung	317
7. Kapitel. Die Wirkungen der Insolvenzeröffnung auf anhängige Prozesse	329
8. Kapitel. Das Verbot der Einzelzwangsvollstreckung	343
9. Kapitel. Die Zulässigkeit der Aufrechnung nach Insolvenzeröffnung	387
10. Kapitel. Die Abwicklung nicht erfüllter oder laufender Vertragsverhältnisse	405
11. Kapitel. Die Insolvenzanfechtung	487
4. Teil. Die besonderen Verfahrensarten	561
12. Kapitel. Das Insolvenzplanverfahren	561
13. Kapitel. Das Verfahren der Eigenverwaltung	609
14. Kapitel. Das Restschuldbefreiungsverfahren	627
15. Kapitel. Das Verbraucherinsolvenzverfahren	667
Stichwortverzeichnis	695

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Verzeichnis der Muster und Übersichten	XXXV
Abkürzungsverzeichnis	XXXVII
Literaturverzeichnis	XLI
1. Teil. Grundsätze des Insolvenzrechts	1
1. Kapitel. Die Stellung des Insolvenzrechts im Wirtschafts- und Rechtsleben	1
I. Die wirtschaftliche und rechtliche Bedeutung des Insolvenzrechts	1
1. Der Zweck des Insolvenzrechts im Wirtschaftsleben	1
a) Das Insolvenzrecht als Folge wirtschaftlichen Handelns	1
b) Der Zweck und die Funktionen des Insolvenzverfahrens	3
c) Der Verfahrensablauf im Regelinsolvenzverfahren	5
aa) Das Insolvenzeröffnungsverfahren	5
bb) Die Aufgaben des Insolvenzverwalters	5
cc) Die Feststellung der Forderungen und die Erlösverteilung	6
dd) Das Insolvenzplanverfahren	7
ee) Das Verfahren der Eigenverwaltung	7
2. Die Aussagekraft der Insolvenzstatistiken	8
II. Zur Geschichte des Insolvenzrechts	9
1. Die Bedeutung der rechtsgeschichtlichen Entwicklung	9
2. Das Altertum und das römische Recht	9
a) Die Ansätze einer insolvenzrechtlichen Rechtspraxis im Orient	9
b) Das römische Privatrecht	10
aa) Die Personalexekution des Legisaktionenverfahrens	10
bb) Die Vermögensexekution im Formularprozess	10
3. Die europäischen Entwicklungen und die Neuzeit	11
a) Das italienische Statutarrecht der frühen Neuzeit	11
b) Der Konkursprozess nach <i>Salgado de Samoza</i>	12
4. Die Entwicklung des gemeinrechtlichen deutschen Konkurses	13
a) Der Einfluss des italienischen Statutarrechts auf deutsche Handelsstädte	13
b) Die landesrechtlichen Regelungen in der Neuzeit	13
c) Das so genannte gemeinrechtliche Konkursverfahren	14
5. Von der Reichskonkursordnung zur Insolvenzrechtsreform	15
a) Die Entstehung der Konkursordnung für das Deutsche Reich	15
b) Die Vergleichsordnung und die Gesamtvollstreckungsordnung	17
6. Die Insolvenzrechtsreform bis zur Insolvenzordnung	18
a) Die Insolvenzrechtsreform bis 1999	18
b) Die weiteren Änderungen der Insolvenzordnung	20
2. Kapitel. Die Beteiligten des Insolvenzverfahrens	25
I. Das Insolvenzgericht	25
1. Allgemeine Vorüberlegungen	25
a) Das Insolvenzverfahren als gerichtliches Verfahren	25
b) Die Gewährung des rechtlichen Rahmens durch das Insolvenzgericht	25
2. Die Zuständigkeit des Insolvenzgerichts	26
a) Die sachliche Zuständigkeit des Amtsgerichts	26

b)	Die örtliche Zuständigkeit	28
aa)	Die Zuständigkeit nach dem allgemeinen Gerichtsstand des Schuldners	28
bb)	Die Zuständigkeit nach dem Mittelpunkt wirtschaftlicher Tätigkeit	29
cc)	Der Kompetenzkonflikt bei mehrfacher Zuständigkeit	30
dd)	Die Ausschließlichkeit der örtlichen Zuständigkeit	31
ee)	Die besondere örtliche Zuständigkeit im Nachlassinsolvenzverfahren	31
c)	Die funktionelle Zuständigkeitsverteilung am Insolvenzgericht	32
aa)	Die Zuständigkeiten des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle	32
bb)	Die Zuständigkeitsverteilung zwischen Richter und Rechtspfleger	32
3.	Die Aufgaben des Insolvenzgerichts	34
a)	Die allgemeine Leitung des Insolvenzverfahrens	34
b)	Die Stellung des Gerichts gegenüber dem Insolvenzverwalter	35
aa)	Das allgemeine Aufsichtsrecht des Insolvenzgerichts	35
bb)	Die Entlassung aus dem Amt	37
c)	Die Stellung des Gerichts gegenüber den Gläubigern	38
4.	Allgemeine Regelungen des Verfahrensrechts	43
a)	Die subsidiäre Geltung der Zivilprozessordnung	43
b)	Der Grundsatz der Amtsermittlung	43
c)	Die Vornahme von Zustellungen im Insolvenzverfahren	44
d)	Die öffentliche Bekanntmachung im Insolvenzverfahren	45
aa)	Die Bewirkung der öffentlichen Bekanntmachung	45
bb)	Die Wirkungen der öffentlichen Bekanntmachung	46
e)	Das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde	47
aa)	Die Beschwerde als allgemeines Rechtsmittel	47
bb)	Die besondere Anfechtbarkeit von Rechtspflegerentscheidungen	47
f)	Die Gewährung rechtlichen Gehörs	48
aa)	Rechtliches Gehör und Anhörung	48
bb)	Die Gewährung rechtlichen Gehörs in Einzelfällen	48
g)	Die Anwendung kostenrechtlicher Vorschriften	49
aa)	Die gerichtlichen Kosten des Insolvenzverfahrens	49
bb)	Die Kostentragungspflicht im Insolvenzverfahren	50
cc)	Die Gewährung der Kostenstundung	50
II.	Der Schuldner im Insolvenzverfahren	51
1.	Die Insolvenzverfahrensfähigkeit	51
a)	Der Begriff der Insolvenzverfahrensfähigkeit	51
b)	Die natürliche Person als Schuldner	52
aa)	Der Grundsatz der Insolvenzverfahrensfähigkeit	52
bb)	Die Unterscheidung zwischen Regel- und Verbraucherinsolvenz	53
c)	Die juristische Person als Schuldner	54
d)	Die Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit als Schuldner	56
f)	Die insolvenzverfahrensfähigen Sondervermögen	57
aa)	Das Nachlassinsolvenzverfahren	57
bb)	Das internationale Insolvenzrecht	58
g)	Die Insolvenzunfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts	59
2.	Die allgemeinen Wirkungen der Insolvenzeröffnung	60
a)	Die vermögens-, familien- und nachlassrechtlichen Wirkungen	60
aa)	Die vermögensrechtlichen Wirkungen im Überblick	60
bb)	Die familien- und nachlassrechtlichen Wirkungen	60

b)	Die handels- und gesellschaftsrechtlichen Wirkungen	63
aa)	Die handelsrechtlichen Wirkungen der Insolvenzeröffnung . .	63
bb)	Die gesellschaftsrechtlichen Wirkungen der Insolvenzeröffnung	63
cc)	Die Vollbeendigung der Gesellschaft im Insolvenzverfahren	64
dd)	Die Geltendmachung der persönlichen Haftung bei Personengesellschaften	66
ee)	Die Auflösung der Gesellschaft in der Gesellschafterinsolvenz	67
ff)	Die Besonderheiten bei der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	67
c)	Die staatsbürgerlichen und standesrechtlichen Folgen der Insolvenz	71
3.	Die Pflichten des Schuldners im Insolvenzverfahren	72
a)	Die allgemeine Auskunftspflicht des Schuldners	72
b)	Die Mitwirkungspflicht gegenüber dem Insolvenzverwalter	73
c)	Die Präsenzpflicht des Schuldners	73
d)	Die Durchsetzung der Schuldnerpflichten durch das Insolvenzgericht	73
4.	Die Rechte des Schuldners im Insolvenzverfahren	74
a)	Die allgemeinen Verfahrensrechte	74
b)	Das Recht auf Unterhaltsgewährung	75
5.	Die Bildung der Insolvenzmasse	76
a)	Der Schuldner als Rechtsträger der Insolvenzmasse	76
b)	Die Insolvenzmasse als Haftungsobjekt der Insolvenzgläubiger . .	76
c)	Die Bildung der Insolvenzmasse nach § 35 und § 36 InsO	77
aa)	Das Vermögen des Schuldners im Zeitpunkt der Insolvenzeröffnung	77
bb)	Das der Zwangsvollstreckung unterliegende Vermögen	79
cc)	Der so genannte Neuerwerb	80
dd)	Die Besonderheiten bei laufenden Bezügen des Schuldners . .	81
ee)	Bedingt pfändbare Bezüge nach § 850b ZPO	83
ff)	Das Pfändungsschutzkonto nach § 850k ZPO	83
gg)	Das Handelsgeschäft oder die freiberufliche Praxis des Schuldners	84
hh)	Die so genannte Freigabe der selbstständigen Tätigkeit nach § 35 Abs. 2 InsO	86
d)	Die Insolvenzmasse in den Sonderinsolvenzen	89
aa)	Die Insolvenzmasse bei der Gütergemeinschaft nach § 37 InsO	89
bb)	Die Insolvenzmasse im Nachlassinsolvenzverfahren	89
e)	Der Streit um die Massezugehörigkeit	89
f)	Die Freigabe einzelner Massegegenstände durch den Insolvenzverwalter	90
III.	Der Insolvenzverwalter	91
1.	Die Bedeutung des Insolvenzverwalters	91
a)	Der Insolvenzverwalter als zentrale Person des Verfahrens	91
b)	Die Rechtsstellung gegenüber anderen Verfahrensbeteiligten	92
2.	Die Bestellung des Insolvenzverwalters durch das Insolvenzgericht	93
a)	Die sachlichen und persönlichen Anforderungen an den Insolvenzverwalter	93
b)	Vorauswahllisten und konkrete Bestellung	95
c)	Die Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters	96
d)	Die Bestellung des Insolvenzverwalters mit Insolvenzeröffnung . .	96
e)	Die Auswahl des Sachwalters im Eigenverwaltungsverfahren	96
3.	Die Wahl des Insolvenzverwalters durch die erste Gläubigerversammlung	97

a)	Die Wahl des Insolvenzverwalters als Ausfluss der Gläubigerautonomie	97
b)	Die Voraussetzungen der Verwalterwahl	98
c)	Die Bestätigung des Insolvenzverwalters durch das Gericht	99
4.	Der Beginn und das Ende des Verwalteramtes	100
a)	Die Annahme des Verwalteramtes	100
b)	Die Beendigung des Amtes	100
5.	Die rechtliche Qualifikation des Amtes des Insolvenzverwalters	100
a)	Der Theorienstreit um das Verwalteramt	100
b)	Der Insolvenzverwalter als Partei kraft Amtes	101
c)	Der Insolvenzverwalter als spezifisches Vertretungsorgan des Schuldners	103
6.	Die Aufgaben des Insolvenzverwalters im Überblick	103
a)	Die Inbesitznahme der Insolvenzmasse	103
b)	Die Pflicht zur Inventarisierung und Bilanzierung der Insolvenzmasse	104
c)	Die handels- und steuerrechtlichen Buchführungspflichten	105
d)	Die Verwertung der Insolvenzmasse	106
e)	Der Insolvenzverwalter als Unternehmer	107
f)	Die Pflicht zur Forderungserfassung und Forderungsprüfung	107
g)	Die Verteilung der Insolvenzmasse	107
7.	Die Rechenschaftspflicht gegenüber den Gläubigern	108
8.	Die persönliche Haftung des Insolvenzverwalters	108
a)	Die Haftung im Rahmen der Erfüllung insolvenzrechtlicher Pflichten	108
b)	Die besondere Haftung gegenüber Massegläubigern	110
9.	Die Vergütung des Insolvenzverwalters	111
a)	Der Anspruch des Insolvenzverwalters auf angemessene Vergütung	111
b)	Das Grundsystem der Vergütungsgewährung	112
aa)	Die Bestimmung der Insolvenzmasse als Berechnungsgrundlage	112
bb)	Die Bestimmung der so genannten Regelvergütung	112
cc)	Die Erhöhung oder Kürzung der Vergütung	113
dd)	Der Ersatz von Auslagen und Umsatzsteuer	114
c)	Das Verfahren der Vergütungsgewährung	114
d)	Die Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters	114
e)	Die Vergütung sonstiger Organe des Insolvenzverfahrens	114
IV.	Die Gläubiger im Insolvenzverfahren	115
1.	Die Gläubiger des Insolvenzverfahrens im Überblick	115
2.	Die Masseverbindlichkeiten des Insolvenzverfahrens	117
a)	Der Grundsatz des § 53 InsO	117
b)	Die Kosten des Insolvenzverfahrens nach § 54 InsO	117
c)	Die sonstigen Masseverbindlichkeiten nach § 55 Abs. 1 InsO	118
aa)	Die Verbindlichkeiten aus Handlungen des Insolvenzverwalters	118
bb)	Die Verbindlichkeiten aus der Erfüllung gegenseitiger Verträge	119
cc)	Die Verbindlichkeiten aus ungerechtfertigter Bereicherung	120
d)	Die weiteren Masseverbindlichkeiten des Insolvenzverfahrens	120
aa)	Die Masseverbindlichkeiten des Insolvenzeröffnungsverfahrens	120
bb)	Die übrigen Masseverbindlichkeiten	123
e)	Die Beteiligung der Massegläubiger am Insolvenzverfahren	123
3.	Die Insolvenzgläubiger	124

a) Die nicht nachrangigen Insolvenzgläubiger nach § 38 InsO	124
aa) Die Definition des Insolvenzgläubigers	124
bb) Besondere Arten von Insolvenzforderungen	126
cc) Gesamtschuldnerische Haftung des Schuldners	128
b) Die nachrangigen Insolvenzforderungen nach § 39 InsO	129
4. Der Aussonderungsberechtigte nach § 47 InsO	131
a) Die systematische Einordnung von Aussonderung und Absonderung	131
b) Das Aussonderungsrecht nach § 47 InsO	132
c) Die Ersatzaussonderung nach § 48 InsO	134
5. Der Absonderungsberechtigte nach §§ 49ff. InsO	136
a) Grundsätze zum Absonderungsrecht	136
b) Die Absonderungsrechte an Grundstücken nach § 49 InsO	137
c) Die Absonderungsrechte an beweglichen Gegenständen nach § 50 InsO	138
d) Die sonstigen Absonderungsrechte nach § 51 InsO	139
e) Sicherungsübereignung und Eigentumsvorbehalt	140
aa) Die Verwaltungstreuhand	140
bb) Die Sicherungsübereignung	141
cc) Der Eigentumsvorbehalt	142
f) Die Ersatzabsonderung analog § 48 InsO	142
g) Die Verwertung durch den Insolvenzverwalter	142
aa) Die Verwertung beweglicher Gegenstände, § 166 InsO	143
bb) Die Erlösverteilung nach §§ 170ff. InsO	145
cc) Die Verwertung durch den Gläubiger	146
6. Die Mitwirkungsrechte der Insolvenzgläubiger im Insolvenzverfahren	147
a) Individual- und Kollektivbefugnisse	147
b) Antrags- und Initiativrechte	147
c) Beteiligungsrechte und Einspruchsrechte	148
d) Anhörungsrechte und Beschwerdebefugnis	148
7. Die Gläubigerversammlung als Organ der Gläubigergemeinschaft	149
a) Die Gläubigerversammlung im Regelinsolvenzverfahren	149
b) Die Aufgaben und Befugnisse der Gläubigerversammlung	150
c) Die Einberufung und Leitung der Gläubigerversammlung	151
d) Die Beschlussfassung der Gläubiger	153
8. Der Gläubigerausschuss als Exekutivorgan	158
a) Die Rechtsstellung des Gläubigerausschusses	158
b) Die Einsetzung des Gläubigerausschusses	159
aa) Die Einsetzung durch die Gläubigerversammlung	159
bb) Die Zulässigkeit eines Gläubigerausschusses im Eröffnungsverfahren	159
cc) Die Zusammensetzung des Gläubigerausschusses	160
c) Die Aufgaben und Befugnisse des Gläubigerausschusses	161
aa) Die allgemeine Aufgabenstellung des § 69 InsO	161
bb) Die Zustimmungspflichten nach §§ 160ff. InsO	161
cc) Antrags- und Initiativrechte	162
dd) Zusammenkunft und Beschlussfassung	162
2. Teil. Der Ablauf des Regelinsolvenzverfahrens	165
3. Kapitel. Das Insolvenzeröffnungsverfahren	165
I. Der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens	165
1. Der Zweck des Insolvenzeröffnungsverfahrens	165
2. Das Antragsersfordernis des § 13 InsO	166

a)	Der Antragsgrundsatz des § 13 InsO	166
b)	Die allgemeinen Zulässigkeitsvoraussetzungen für den Insolvenzantrag	167
3.	Die Stellung des Insolvenzantrags durch den Schuldner und durch einen Gläubiger	168
a)	Der Insolvenzantrag des Schuldners	168
aa)	Das Recht zur Antragstellung	168
bb)	Die inhaltlichen Anforderungen an den Insolvenzantrag	169
cc)	Der Insolvenzantrag bei juristischen Personen und Personengesellschaften	169
dd)	Die Insolvenzantragspflicht bei beschränkter Haftung der Insolvenzmasse	170
b)	Der Insolvenzantrag eines Gläubigers	174
aa)	Das Recht zur Antragstellung	174
bb)	Die Anforderungen an einen Insolvenzantrag des Gläubigers nach § 14 InsO	176
cc)	Die Schadensersatzpflicht des Gläubigers bei mutwilliger Antragstellung	178
dd)	Die Stellung mehrerer Insolvenzanträge gegen den Schuldner	179
c)	Die Besonderheiten bei Kreditinstituten, Versicherungen und Bausparkassen	179
d)	Die Rücknahme des Insolvenzantrags	179
aa)	Die Antragsrücknahme bis zur Entscheidung über die Insolvenzeröffnung	179
bb)	Die Erledigung des Insolvenzantrags in der Hauptsache	180
4.	Die Prüfung der Zulässigkeit des Insolvenzantrags durch das Gericht	181
a)	Die Prüfung der Zulässigkeit durch das Insolvenzgericht	181
b)	Die Maßnahmen nach Zulassung des Insolvenzantrags	182
aa)	Die Anhörung des Schuldners beim Gläubigerantrag nach § 14 Abs. 2 InsO	182
bb)	Die Mitwirkungspflicht des Schuldners nach § 20 Abs. 1 InsO	182
II.	Die Prüfung des Insolvenzgrundes nach § 16 InsO	183
1.	Der Amtsermittlungsgrundsatz im Insolvenzeröffnungsverfahren	183
a)	Die Prüfung der Begründetheit des Insolvenzantrags	183
b)	Die Beauftragung eines Sachverständigen im Insolvenzeröffnungsverfahren	183
2.	Die Insolvenzgründe der §§ 17ff. InsO	187
a)	Der allgemeine Insolvenzgrund der Zahlungsunfähigkeit nach § 17 InsO	187
aa)	Die Tatbestandsmerkmale der Zahlungsunfähigkeit nach § 17 Abs. 2 S. 1 InsO	187
bb)	Die Zahlungseinstellung als gesetzliche Vermutung des Eintritts der Zahlungsunfähigkeit	193
b)	Die drohende Zahlungsunfähigkeit nach § 18 InsO	193
c)	Die Überschuldung als weiterer Insolvenzgrund nach § 19 InsO	194
aa)	Der Anwendungsbereich des § 19 InsO	194
bb)	Die Definition der Überschuldung nach § 19 Abs. 2 InsO	195
III.	Die Sicherungsmaßnahmen des Insolvenzgerichts nach § 21 InsO	197
1.	Die Erforderlichkeit einstweiliger Anordnungen nach § 21 Abs. 1 InsO	197
2.	Die Sicherungsmaßnahmen des § 21 Abs. 2 InsO im Überblick	197
3.	Die Anordnung von Verfügungsbeeinträchtigungen gegen den Schuldner nach § 21 Abs. 2 Nr. 2 InsO	201
a)	Die Anordnung des allgemeinen Verfügungsverbots	201
b)	Die Anordnung eines so genannten Zustimmungsvorbehalts	203

4. Die Anordnung der vorläufigen Insolvenzverwaltung nach § 21 Abs. 2 Nr. 1 InsO	204
a) Die Rechtsstellung des vorläufigen Insolvenzverwalters je nach Anordnung der Verfügungsbeeinträchtigung gegen den Schuldner	204
aa) Der so genannte starke vorläufige Insolvenzverwalter nach § 22 Abs. 1 InsO	205
bb) Der so genannte schwache vorläufige Insolvenzverwalter nach § 22 Abs. 2 InsO	208
b) Einzelne praktische Fragen der vorläufigen Insolvenzverwaltung	210
5. Die Anordnung der einstweiligen Einstellung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen nach § 21 Abs. 2 Nr. 3 InsO	212
a) Inhalt und Wirkungen des Vollstreckungsverbots nach § 21 Abs. 2 Nr. 3 InsO	212
aa) Die vom Vollstreckungsverbot betroffenen Gläubiger	213
bb) Die vom Vollstreckungsverbot betroffenen Maßnahmen	213
cc) Die Wirkungen des Vollstreckungsverbots nach §§ 775, 776 ZPO	215
b) Einzelne Fallgruppen der Zwangsvollstreckung bei Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen	216
c) Keine Geltung des § 21 Abs. 2 Nr. 3 InsO bei Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen	217
aa) Die Einstellung der Zwangsversteigerung nach § 30d Abs. 4 ZVG	217
bb) Die Eintragung einer Sicherungshypothek nach §§ 866, 867 ZPO	218
6. Die Anordnung einer einstweiligen Postsperre nach § 21 Abs. 2 Nr. 4 mit § 99 InsO	220
7. Die Anordnung eines Herausgabe- und Verwertungsverbots nach § 21 Abs. 2 Nr. 5 InsO	220
8. Die Anordnung von Maßnahmen gegen die Person des Schuldners nach § 21 Abs. 3 InsO	221
9. Das Verfahren der Anordnung laufender Sicherungsmaßnahmen	221
a) Der Ermessensspielraum des Insolvenzgerichts nach § 21 Abs. 1 S. 1 InsO	221
b) Die Frage der Anhörung des Schuldners	221
c) Die Wirksamkeit der Anordnung entsprechend § 27 Abs. 2 Nr. 3 InsO	221
d) Die öffentliche Bekanntmachung und Eintragung in das Grundbuch nach § 23 InsO	222
e) Die sofortige Beschwerde gegen die einstweiligen Anordnungen nach § 21 Abs. 1 S. 2 InsO	223
10. Die Aufhebung der einstweiligen Sicherungsmaßnahmen	223
IV. Die Entscheidung des Insolvenzgerichts über die Eröffnung des Insolvenzverfahrens	224
1. Die Entscheidungsalternativen für die Beendigung des Insolvenzeröffnungsverfahrens	224
2. Die Abweisung der Insolvenzeröffnung mangels Masse nach § 26 InsO	225
a) Die Massekostendeckung nach §§ 26 und 54 InsO	225
b) Der Massekostenvorschuss und die Kostenstundung	226
c) Der Erlass des Abweisungsbeschlusses	226
d) Die Wirkungen der Abweisung mangels Masse gegen den Schuldner	227
aa) Die Eintragung in das Schuldnerverzeichnis nach § 26 Abs. 2 InsO	227

bb) Die gesellschaftsrechtlichen Folgen der Abweisung mangels Masse	228
cc) Die Haftung des Schuldners bei Insolvenzantragspflicht nach § 26 Abs. 3 InsO	228
3. Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens nach § 27 InsO	228
a) Der Inhalt des Insolvenzeröffnungsbeschlusses nach § 27 Abs. 2 InsO	228
b) Die Mitteilung und Bekanntmachung der Insolvenzeröffnung an den Rechtsverkehr	230
c) Die sofortige Beschwerde gegen die Insolvenzeröffnung nach § 34 InsO	231
4. Kapitel. Das eröffnete Insolvenzverfahren	235
I. Der Verfahrensablauf nach Insolvenzeröffnung	235
1. Die Abwicklung der Insolvenz durch den Insolvenzverwalter	235
2. Der Ablauf des Verfahrens beim Insolvenzgericht	235
a) Die Forderungsanmeldung und Forderungsprüfung	235
b) Die Durchführung der Verteilungen	236
II. Die Anmeldung der Insolvenzforderungen	236
1. Die Anmeldepflicht und die Teilnahme am Insolvenzverfahren	236
2. Die Anmeldung einzelner Insolvenzforderungen	237
a) Die Anmeldung nicht nachrangiger Insolvenzforderungen nach § 38 InsO	237
b) Die Anmeldung nachrangiger Insolvenzforderungen nach § 174 Abs. 3 InsO	238
c) Keine Anmeldung von Masseverbindlichkeiten	238
3. Die formalen Anforderungen an eine Forderungsanmeldung	238
a) Die Anmeldefrist des § 28 Abs. 1 InsO	238
b) Die Form der Anmeldung	238
c) Der Adressat der Anmeldung	239
d) Der Inhalt der Forderungsanmeldung	239
aa) Hauptsache, Zinsen und Kosten der Insolvenzforderung	239
bb) Die Angabe des Forderungsgrundes	240
cc) Die Angabe abgesonderter Befriedigung	240
e) Die Beifügung von Nachweisen zur Forderungsanmeldung	240
4. Die Behandlung der Forderungsanmeldung	241
a) Die Vorprüfung der Forderungsanmeldung	241
b) Die Anlegung der Insolvenztabelle und Niederlegung bei Gericht nach § 175 Abs. 1 InsO	241
III. Das Verfahren der Forderungsfeststellung	242
1. Der allgemeine Prüfungstermin nach § 176 InsO	242
a) Der allgemeine Prüfungstermin als Gläubigerversammlung	242
b) Die Prüfung der angemeldeten Forderungen nach § 176 S. 2 InsO	242
2. Die Feststellung oder das Bestreiten von Forderungen	243
a) Die Alternativen der Feststellung oder des Bestreitens	243
b) Die Feststellung einer Insolvenzforderung	243
c) Das Bestreiten einer Forderung	245
aa) Das Recht, eine Forderung zu bestreiten	245
bb) Der Inhalt des Bestreitens	245
cc) Die Eintragung des Widerspruchs in die Insolvenztabelle	246
d) Die klageweise Feststellung einer Forderung nach Bestreiten	247
aa) Das Ergebnis der Forderungsprüfung nach § 178 InsO	247
bb) Die Feststellung einer bisher nicht durch Vollstreckungstitel ausgewiesenen Forderung	247
cc) Die Feststellung einer bereits durch Vollstreckungstitel ausgewiesenen Forderung	251

3.	Der besondere Prüfungstermin nach § 177 InsO	255
a)	Die Voraussetzungen des besonderen Prüfungstermins	255
b)	Die Bestimmung des besonderen Prüfungstermins durch das Insolvenzgericht	255
c)	Die schriftliche Forderungsprüfung	256
4.	Die Anmeldung und Prüfung einer Forderung aus vorsätzlich begangener unerlaubter Handlung	256
a)	Die Anmeldung nach § 174 Abs. 2 InsO	256
b)	Das Bestreiten durch den Schuldner	257
c)	Die Feststellung der Forderung im Klagewege	257
d)	Die Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung nach § 201 Abs. 2 InsO	258
IV.	Die Verteilung des Verwertungserlöses und die Verfahrensbeendigung	260
1.	Das Verteilungsverzeichnis als Voraussetzung einer Verteilung	260
a)	Die Aufstellung des Verzeichnisses durch den Insolvenzverwalter	260
aa)	Die Aufnahme der Insolvenzforderungen in das Verteilungsverzeichnis	260
bb)	Die Berücksichtigung streitiger Insolvenzforderungen	260
cc)	Die Berücksichtigung absonderungsberechtigter Insolvenzgläubiger	261
dd)	Die Berücksichtigung bedingter Forderungen	262
b)	Die Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis	262
2.	Die Abschlagsverteilung nach § 187 Abs. 2 InsO	263
3.	Die Schlussverteilung nach § 196 InsO	264
a)	Die allgemeinen Voraussetzungen der Schlussverteilung	264
aa)	Die vollständige Verwertung der Insolvenzmasse	264
bb)	Die Beteiligung des Gläubigerausschusses und des Insolvenzgerichts	264
b)	Die Vorlage von Schlussrechnung, Schlussbericht und Schlussverzeichnis	265
aa)	Die Rechnungslegungspflicht des Insolvenzverwalters	265
bb)	Die Anforderungen an die Schlussrechnung und den Schlussbericht	265
cc)	Die Vorlage des Schlussverzeichnisses	266
c)	Das Prüfungsrecht und die Prüfungspflicht des Insolvenz- gerichts	266
aa)	Der Umfang der gerichtlichen Prüfung	266
bb)	Die Genehmigung der Schlussverteilung und die Anberaumung des Schlusstermins	267
d)	Der Schlusstermin nach § 197 InsO	267
aa)	Die Erörterung der Schlussrechnung des Insolvenzverwalters nach § 197 Abs. 1 Nr. 1 InsO	267
bb)	Die Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis nach § 197 Abs. 1 Nr. 2 InsO	268
cc)	Die Beschlussfassung über nicht verwertbare Gegenstände nach § 197 Abs. 1 Nr. 3 InsO	268
dd)	Die Erörterung weiterer Tagesordnungspunkte	268
e)	Die Vornahme der Schlussverteilung durch den Insolvenzverwalter	269
f)	Die Aufhebung des Insolvenzverfahrens nach § 200 InsO	269
4.	Die Nachtragsverteilung nach § 203 InsO	269
a)	Die Voraussetzungen der Nachtragsverteilung nach § 203 Abs. 1 InsO	269
b)	Die Anordnung der Nachtragsverteilung durch das Insolvenzgericht	272

c)	Der Vollzug der Nachtragsverteilung durch den Insolvenzverwalter nach § 205 InsO	272
5.	Die Einstellung des Insolvenzverfahrens aus sonstigen Gründen	273
a)	Die Arten der Verfahrenseinstellung im Überblick	273
b)	Die Einstellung wegen Masselosigkeit nach § 207 InsO	273
aa)	Die Einstellung wegen Masselosigkeit als Gegenstück zur Abweisung mangels Masse	273
bb)	Die Durchführung der Einstellung des Verfahrens	273
c)	Die Einstellung wegen Masseunzulänglichkeit nach §§ 208 ff. InsO	274
aa)	Der Begriff der Masseunzulänglichkeit	274
bb)	Die Anzeige der Masseunzulänglichkeit durch den Insolvenzverwalter	275
cc)	Die Wirkung der Masseunzulänglichkeit gegenüber den Massegläubigern	276
dd)	Die Rangfolge der Masseverbindlichkeiten nach § 209 InsO ..	276
ee)	Die Einstellung des Verfahrens nach §§ 211 ff. InsO	278
d)	Die Einstellung bei Wegfall des Eröffnungsgrundes nach § 212 InsO	278
e)	Die Einstellung mit Zustimmung der Gläubiger nach § 213 InsO	278
3. Teil.	Das so genannte materielle Insolvenzrecht	281
5. Kapitel.	Die vermögensrechtlichen Wirkungen der Insolvenzeröffnung	281
I.	Der Entzug der Verfügungsbefugnis nach § 80 InsO	281
1.	Die Verfügungsentziehung als Folge der Insolvenzeröffnung	281
2.	Der Begriff der Verfügungsbefugnis	281
a)	Die Systematik der Verfügungsbeeinträchtigungen	281
b)	Der Eintritt der Verfügungsentziehung mit Insolvenzeröffnung ..	283
3.	Die Übertragung der Verfügungsbefugnis auf den Insolvenzverwalter	284
4.	Die Unwirksamkeit anderer Verfügungsverbote nach § 80 Abs. 2 InsO	284
a)	Die Arten von Veräußerungsverboten	284
b)	Die Wirksamkeit der Zwangsvollstreckung	285
II.	Die absolute Unwirksamkeit von Verfügungen des Schuldners nach Insolvenzeröffnung	285
1.	Der Grundsatz der absoluten Unwirksamkeit als Folge der Verfügungsentziehung	285
2.	Die Verfügung des Schuldners nach Insolvenzeröffnung	286
a)	Der Grundsatz der absoluten Unwirksamkeit nach § 81 Abs. 1 S. 1 InsO	286
b)	Die Verfügungen über insolvenzfreies Vermögen	287
c)	Die Verfügungen eines Vertreters	288
3.	Die Verfügung über künftige Dienstbezüge nach § 81 Abs. 2 InsO ..	288
4.	Die Geltendmachung der Unwirksamkeit durch den Insolvenzverwalter	289
a)	Die Geltendmachung des dinglichen Anspruchs	289
b)	Die Abwicklung der unwirksamen Verfügung im Ganzen	289
5.	Die Unwirksamkeit sonstigen Rechtserwerbs nach § 91 Abs. 1 InsO	290
a)	Der sonstige Tatbestand zum Rechtserwerb im Sinne des § 91 Abs. 1 InsO	290
b)	Der sonstige Tatbestand im Bereich des Fahrnisserwerbs	291
aa)	Die Übereignung, Verpfändung und Abtretung von Gegenständen und Rechten der Insolvenzmasse	291
bb)	Der aufschiebend bedingte Rechtserwerb	293
cc)	Der Eigentumserwerb kraft gesetzlichen Tatbestandes	293

c)	Die Unwirksamkeit von Verfügungen über Immobilienvermögen	294
aa)	Die Übertragung des Eigentums am Grundstück	294
bb)	Die Bestellung eines beschränkten dinglichen Rechts	295
cc)	Die Bestellung einer Vormerkung	295
dd)	Die Bestellung und Übertragung von Grundpfandrechten	297
III.	Die Wirksamkeit der Verfügung des Schuldners	300
1.	Überblick zur Wirksamkeit einer unwirksamen Verfügung des Schuldners	300
2.	Die Zustimmung des Insolvenzverwalters nach § 185 BGB	301
3.	Die Anwendung des § 878 BGB beim Rechtserwerb nach § 91 InsO	302
a)	Die allgemeinen Voraussetzungen des § 878 BGB	302
b)	Der wirksame Erwerb des Eigentums am Grundstück	304
c)	Der wirksame Erwerb der Vormerkung	305
d)	Der wirksame Erwerb von Grundpfandrechten	305
4.	Die Wirksamkeit durch gutgläubigen Erwerb	306
a)	Der gutgläubige Erwerb nach § 892 Abs. 1 S. 2 BGB	306
aa)	Der gutgläubige Erwerb des Eigentums am Grundstück	308
bb)	Der gutgläubige Erwerb der Vormerkung	310
cc)	Der gutgläubige Erwerb von Grundstücksrechten	311
b)	Kein gutgläubiger Erwerb beweglicher Sachen	313
5.	Die Anfechtbarkeit des Rechtserwerbs durch den Insolvenzverwalter	313
6. Kapitel.	Die Leistungserfüllung nach Insolvenzeröffnung	317
I.	Die Leistungserfüllung an den Schuldner	317
1.	Der offene Arrest nach § 28 Abs. 3 InsO	317
2.	Die Wirksamkeit der Leistung nach § 82 InsO	317
a)	Die Leistung zur Insolvenzmasse	318
b)	Die Leistung an den Schuldner selbst	318
aa)	Die Leistung ohne Kenntnis der Insolvenzeröffnung	318
bb)	Die Beweislastregel des § 82 S. 2 InsO	319
cc)	Die Kenntnis des Drittschuldners bei Vornahme der Leistungshandlung	319
c)	Die Geltung des § 82 InsO im bargeldlosen Zahlungsverkehr	320
aa)	Die Insolvenz des Leistungsempfängers	320
bb)	Die Insolvenz des Leistenden	322
3.	Die Folgen unwirksamer Leistung	324
II.	Die Leistung auf ein im Grundbuch eingetragenes Recht	326
1.	Die Unterscheidung der Leistungsarten	326
a)	Die Leistung auf ein Grundpfandrecht	326
b)	Die Leistung auf eine Reallast	327
2.	Die Anwendung der Gutgläubensvorschrift des § 892 BGB	327
7. Kapitel.	Die Wirkungen der Insolvenzeröffnung auf anhängige Prozesse	329
I.	Die Prozessunterbrechung nach § 240 ZPO	329
1.	Allgemeiner Überblick zu den Regelungen der §§ 85ff. InsO	329
2.	Die von der Unterbrechung betroffenen Verfahrensarten	330
a)	Zivilprozessuale Verfahren	330
b)	Verwaltungsverfahren und Steuerfestsetzungsverfahren	330
3.	Der Eintritt der Unterbrechungswirkung	331
a)	Die Unterbrechung mit Verfahrenseröffnung	331
b)	Die Rechtshängigkeit des Verfahrens	331
c)	Die Unterbrechung bei Streitgenossenschaft	332
aa)	Die Unterbrechung bei notwendiger und einfacher Streitgenossenschaft	332
bb)	Die Besonderheiten bei der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	332

4. Die Wirkung der Unterbrechung	333
a) Die Fristunterbrechung nach § 249 ZPO	333
b) Die Unwirksamkeit von Prozesshandlungen	333
c) Die Verkündung gerichtlicher Entscheidungen	333
II. Die Aufnahme eines Aktivprozesses nach § 85 InsO	334
1. Die Aufnahme durch den Insolvenzverwalter	334
a) Der Begriff des Aktivprozesses	334
b) Die Aufnahme durch den Insolvenzverwalter	334
c) Die Form der Aufnahme	334
d) Die Kosten des Rechtsstreits	335
2. Die Freigabe der streitbefangenen Sache nach § 85 Abs. 2 InsO	336
a) Die Ablehnung der Aufnahme durch den Insolvenzverwalter	336
b) Freigabe der streitbefangenen Sache	336
III. Die Aufnahme eines Passivprozesses nach § 86 InsO	336
1. Die Ansprüche auf Aus-, Absonderung und Masseansprüche	336
a) Der Begriff des Passivprozesses	336
b) Aussonderung, Absonderung, Masseansprüche	337
2. Die Aufnahme durch Verwalter oder den anderen Teil	337
3. Die Kostenregelung bei sofortigem Anerkenntnis	337
IV. Der Prozess wegen einer Insolvenzforderung nach § 87 InsO	338
1. Keine Prozessaufnahme	338
2. Anmeldung der Forderung zur Tabelle	338
V. Exkurs: Die Prozessführung durch den Insolvenzverwalter	339
1. Praktische Fragen der Prozessführung	339
2. Die Prozesskostenhilfe für den Insolvenzverwalter	339
a) Die Anwendung des § 116 S. 1 Nr. 1 ZPO	339
b) Die sachlichen Voraussetzungen zur Gewährung von Prozesskostenhilfe	340
aa) Die Haftung der Insolvenzmasse	340
bb) Die Einstandspflicht der Gläubiger als wirtschaftlich Beteiligte	340
8. Kapitel. Das Verbot der Einzelzwangsvollstreckung	343
I. Die Systematik der vollstreckungshindernden Regelungen	343
1. Der Zweck der vollstreckungshindernden Regelungen	343
2. Die insolvenzrechtlichen Regelungen im Vergleich zu Konkurs und Gesamtvollstreckung	343
II. Die zeitliche Einordnung der vollstreckungshindernden Regelungen	344
1. Die Anfechtbarkeit von Vollstreckungsmaßnahmen	344
2. Die Einstellung der Zwangsvollstreckung im Insolvenzeröffnungsverfahren	344
3. Die Rückschlagsperre mit Verfahrenseröffnung	345
4. Das Verbot der Zwangsvollstreckung im eröffneten Insolvenzverfahren	345
5. Die Zwangsvollstreckung nach Verfahrensbeendigung	345
6. Die Zwangsvollstreckung im Restschuldbefreiungsverfahren	346
III. Die Rückschlagsperre mit Verfahrenseröffnung	348
1. Die Voraussetzungen der Rückschlagsperre nach § 88 InsO	348
a) Die von der Rückschlagsperre betroffenen Gläubiger	348
aa) Die Insolvenzgläubiger und absonderungsberechtigten Gläubiger	348
bb) Die Massegläubiger nach § 55 InsO	349
b) Der zeitliche Umfang der Rückschlagsperre	350
aa) Die Monatsfrist im Regelinsolvenzverfahren	350
bb) Die Dreimonatsfrist im Verbraucherinsolvenzverfahren	350
c) Die Sicherung des Gläubigers durch Zwangsvollstreckung	351

aa)	Die Sicherung durch Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen	351
bb)	Die Sicherung durch Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen	353
2.	Die Wirkungen der Rückschlagsperre	354
a)	Der Wegfall des Pfändungspfandrechts	354
b)	Die Unzulässigkeit von Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung	354
c)	Die Unwirksamkeit der Sicherungshypothek	355
d)	Die Unwirksamkeit bei Arrestvollziehung und einstweiliger Verfügung	358
3.	Die Geltendmachung der Unwirksamkeit durch den Insolvenzverwalter	359
4.	Die Befriedigung des Gläubigers während des maßgeblichen Zeitraums	360
IV.	Das Vollstreckungsverbot im eröffneten Insolvenzverfahren	362
1.	Das Wirksamwerden des Vollstreckungsverbots mit Insolvenzeröffnung	362
2.	Die vom Vollstreckungsverbot betroffenen Gläubiger	362
a)	Die Insolvenzgläubiger	362
b)	Die absonderungsberechtigten Gläubiger	362
c)	Die Aussonderungsberechtigten	363
d)	Die Massegläubiger	363
e)	Die Neugläubiger des Schuldners	364
3.	Das durch das Vollstreckungsverbot geschützte Vermögen	364
a)	Die Insolvenzmasse und das insolvenzfreie Vermögen	364
b)	Das ausländische Vermögen des Schuldners	365
4.	Die vom Vollstreckungsverbot erfassten Vollstreckungsmaßnahmen	366
a)	Die Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen	366
aa)	Die einzelnen Vollstreckungsmaßnahmen	366
bb)	Die Heilung fehlerhafter Vollstreckungsakte	367
cc)	Die Zulässigkeit vorbereitender Handlungen der Zwangsvollstreckung	367
b)	Die Eintragung einer Sicherungshypothek in das Grundbuch	368
c)	Die Vollziehung von Arrest und einstweiliger Verfügung	369
d)	Die Zwangsvollstreckung wegen besonderer Ansprüche	370
5.	Der statthafte Rechtsbehelf gegen Vollstreckungsmaßnahmen	370
a)	Die Vollstreckungserinnerung nach § 766 ZPO	370
b)	Die Zuständigkeit des Insolvenzgerichts	370
V.	Das Arbeitseinkommen des Schuldners	371
1.	Der pfändbare Teil des Arbeitseinkommens als Teil der Insolvenzmasse	371
2.	Die Pfändung des Arbeitseinkommens durch einen Insolvenzgläubiger	371
a)	Die Zulässigkeit der Pfändung vor Insolvenzeröffnung	371
b)	Die Unwirksamkeit der Pfändung nach § 91 Abs. 1 InsO	372
c)	Die Pfändung des Arbeitseinkommens durch einen Unterhaltsgläubiger	373
3.	Die Pfändung des künftigen Arbeitseinkommens	374
a)	Das Verbot der Zwangsvollstreckung nach § 89 Abs. 2 InsO	374
b)	Die Pfändung durch einen Unterhaltsgläubiger	375
VI.	Die Besonderheiten der Zwangsversteigerung und der Zwangsverwaltung	379
1.	Die Zwangsversteigerung auf Antrag eines Gläubigers	379
2.	Die Einstellung des Zwangsversteigerungsverfahrens	380

a)	Die Voraussetzungen der Einstellung nach § 30d ZVG	380
b)	Das Verfahren der Einstellung auf Antrag des Insolvenzverwalters	380
c)	Die Zinszahlungspflicht des Insolvenzverwalters nach § 30e ZVG	381
3.	Die Zwangsversteigerung auf Antrag des Insolvenzverwalters	382
a)	Die Besonderheiten der Insolvenzversteigerung nach § 172 ZVG	382
b)	Der Antrag des dinglich Berechtigten nach § 174 ZVG	383
c)	Der Antrag des Insolvenzverwalters nach § 174a ZVG	383
4.	Die Zwangsverwaltung im Insolvenzverfahren	385
9. Kapitel.	Die Zulässigkeit der Aufrechnung nach Insolvenzeröffnung	387
I.	Der Grundsatz der Erhaltung der Aufrechnungslage nach § 94 InsO	387
1.	Die Systematik der Aufrechnung im Insolvenzverfahren	387
a)	Der persönliche Anwendungsbereich der §§ 94ff. InsO	387
b)	Die Prüfungsreihenfolge zur Aufrechnung	388
2.	Die Voraussetzungen der Aufrechnung nach §§ 387ff. BGB	389
a)	Die allgemeinen Voraussetzungen der Aufrechnung	389
b)	Die Besonderheiten in der Insolvenz der Personengesellschaft	389
3.	Die Wirkungen wirksam erklärter Aufrechnung	390
II.	Der spätere Eintritt der Aufrechnungslage nach § 95 InsO	391
1.	Die Aufrechnung betagter und bedingter Forderungen	391
2.	Die Verschärfung der Aufrechnung nach § 95 Abs. 1 S. 3 InsO	392
3.	Die Aufrechnung bei unterschiedlichen Währungseinheiten	393
III.	Die Unzulässigkeit der Aufrechnung nach § 96 InsO	393
1.	Die Fälle unzulässiger Aufrechnung	393
a)	Die Unzulässigkeit der Aufrechnung gegen Masseansprüche	393
b)	Die künstlich hergestellte Aufrechnungslage	394
aa)	Das Verbot des Forderungshandels zu Lasten der Insolvenzmasse	394
bb)	Der Rückerwerb abgetretener Forderungen	395
c)	Die anfechtbar erworbene Aufrechnungslage	396
aa)	Der anfechtbare Forderungserwerb kraft Verfügungsgeschäft	396
bb)	Die anfechtbar erworbene Aufrechnungslage kraft Rechtsgeschäft	397
d)	Die Unzulässigkeit der Aufrechnung des Neugläubigers	398
e)	Die Zulässigkeit der Aufrechnung im internationalen Zahlungsraum	399
IV.	Die Anfechtbarkeit einer Aufrechnung vor Insolvenzeröffnung	402
V.	Die Besonderheiten bei öffentlich-rechtlichen Forderungen	402
1.	Die Aufrechnung von Steuerforderungen	402
2.	Die Verrechnung von Sozialleistungsansprüchen	403
10. Kapitel.	Die Abwicklung nicht erfüllter oder laufender Vertragsverhältnisse	405
I.	Die Problemstellungen für die Beteiligten in der Insolvenz	405
1.	Die Gliederungssystematik der gesetzlichen Regelungen	405
2.	Die typischen Interessenlagen der Vertragsparteien	405
a)	Die Abwicklung nicht erfüllter gegenseitiger Verträge	405
b)	Die Erfüllung vormerkungsgesicherter Ansprüche	406
c)	Die Besonderheiten beim Kauf unter Eigentumsvorbehalt	407
d)	Die Abwicklung von Dauerschuldverhältnissen	407
II.	Die Abwicklung gegenseitiger Verträge nach §§ 103ff. InsO	408
1.	Der Begriff des gegenseitigen Vertrages	408
a)	Der gegenseitige Vertrag im Sinne des § 320 BGB	408

b) Die Erfassung gesetzlicher Schuldverhältnisse mit Gegenseitigkeitscharakter	410
c) Die Unanwendbarkeit der §§ 103ff. InsO	410
aa) Die Zugehörigkeit des Leistungsgegenstandes zur Insolvenzmasse	410
bb) Der Gesellschaftsvertrag	411
cc) Die banktypischen Vertragsverhältnisse	411
dd) Die einseitig oder unvollkommen zweiseitig verpflichtenden Verträge	412
2. Der Stand der Erfüllung bei Insolvenzeröffnung	412
a) Der Begriff der vollständigen Leistungserfüllung	412
aa) Die Erfüllung von Haupt- und Nebenleistungspflichten . . .	413
bb) Die nicht vollständige Leistungserfüllung bei mangelhafter Leistung	416
b) Der Vertrag ist von einer Seite vollständig erfüllt	417
aa) Die vollständige Leistung durch den Schuldner	417
bb) Die vollständige Leistung durch den Vertragspartner	417
c) Der Vertrag ist von keiner Seite vollständig erfüllt	418
3. Die Wirkung der Insolvenzeröffnung auf die Leistungs- ansprüche	418
a) Die Entwicklung einer Dogmatik zu § 103 InsO	418
b) Die Entwicklung der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs . .	420
aa) Die so genannte „Erlöschenstheorie“ nach BGHZ 106, 236	420
bb) Die Differenzierung bei teilbarer Leistungserfüllung nach BGHZ 129, 336	422
cc) Die „modifizierte Erlöschenstheorie“ nach BGHZ 150, 353	423
c) Die Wirkung der Insolvenzeröffnung gegenüber den Ansprüchen des Vertragspartners	424
4. Die endgültige Nichterfüllung durch den Insolvenzverwalter	425
a) Die deklaratorische Wahl der Nichterfüllung	425
aa) Die Aufforderung des Vertragspartners nach § 103 Abs. 2 S. 2 InsO	425
bb) Der Schadensersatzanspruch nach § 103 Abs. 2 S. 1 InsO . . .	426
b) Das Schicksal teilweise erbrachter Leistungen vor Insolvenzeröffnung	428
aa) Die teilweise Leistung durch den Vertragspartner	428
bb) Die teilweise Leistung durch den Schuldner	428
5. Das Wahlrecht des Insolvenzverwalters auf Erfüllung nach § 103 Abs. 1 InsO	429
a) Die konstitutive Wahl der Erfüllung	429
b) Die Wirkungen der Erfüllungswahl	430
aa) Das Entstehen der Leistungsansprüche des Vertragspartners als Masseverbindlichkeit nach § 55 Abs. 1 Nr. 2 InsO	430
bb) Das Entstehen der Leistungsansprüche des Insolvenzverwalters	431
c) Das Schicksal teilweise erbrachter Leistungen vor Insolvenzeröffnung	431
aa) Die teilweise Leistung durch den Vertragspartner	431
bb) Die Besonderheiten bei mangelhafter Leistung des Vertragspartners	432
cc) Die teilweise Leistung durch den Schuldner	432
dd) Die Vertragserfüllung bei beiderseits teilweiser Leistung . .	432
6. Die Abwicklung besonderer Vertragsverhältnisse	438
a) Die Abwicklung von Warentermin- und Finanztermingeschäften nach § 104 InsO	438

b) Die Abwicklung von Wiederkehrschuldverhältnissen und insbesondere von Energielieferungsverträgen	438
III. Die Durchsetzung vormerkungsgesicherter Ansprüche nach § 106 InsO	439
1. Der Zweck der Vormerkung nach § 883 BGB	439
a) Das Sicherungsbedürfnis des künftigen Rechtsinhabers	439
b) Der vormerkbare Anspruch nach § 883 Abs. 1 BGB	440
c) Die Eintragung der Vormerkung nach § 885 BGB	441
2. Der Anspruch des Vormerkungsberechtigten auf Erfüllung	441
a) Die Voraussetzungen des § 106 InsO	441
aa) Die Wirksamkeit der Vormerkungsbestellung	441
bb) Die mögliche Anfechtbarkeit der Vormerkung	443
cc) Kein Erfordernis eines gegenseitigen Vertrages	443
b) Die Pflicht des Insolvenzverwalters zur Anspruchserfüllung und zur Vertragserfüllung	444
3. Die Besonderheiten beim Bauträgervertrag	445
a) Der Bauträgervertrag als besonderer Vertrag	445
b) Die Vertragserfüllung nach § 106 Abs. 1 S. 2 InsO	445
c) Die Ansprüche des Vertragspartners	446
IV. Der Kauf unter Eigentumsvorbehalt	447
1. Die dogmatische Einordnung des Eigentumsvorbehalts in § 103 InsO	447
a) Die Wesensmerkmale des Eigentumsvorbehalts	447
b) Der Eigentumsvorbehalt als nicht erfüllter Vertrag	447
2. Die Vertragserfüllung in der Insolvenz des Käufers	448
a) Das Wahlrecht des Insolvenzverwalters nach § 103 Abs. 1 und § 107 Abs. 2 InsO	448
b) Der Schadensersatzanspruch des Verkäufers nach § 103 Abs. 2 S. 1 InsO	448
c) Das Recht des Verkäufers auf Aussonderung der Ware nach § 47 InsO	448
3. Die Vertragserfüllung in der Insolvenz des Verkäufers nach § 107 Abs. 1 InsO	449
4. Die Sonderformen des Eigentumsvorbehalts in der Insolvenz	450
a) Die praktische Bedeutung von Erweiterungen des Eigentumsvorbehalts	450
b) Der erweiterte Eigentumsvorbehalt	451
c) Der weitergeleitete Eigentumsvorbehalt mit Abtretung des Anwartschaftsrechts	451
d) Der nachgeschaltete Eigentumsvorbehalt	452
e) Der Eigentumsvorbehalt mit Verarbeitungsklausel	452
f) Der verlängerte Eigentumsvorbehalt	453
g) Die Verbindung verschiedener Eigentumsvorbehaltsformen	454
V. Die Abwicklung von Miet- und Pachtverhältnissen nach §§ 108ff. InsO	455
1. Das Fortbestehen von Dauerschuldverhältnissen	455
a) Die von § 108 InsO erfassten Rechtsverhältnisse	455
b) Das Fortbestehen nach § 108 InsO	456
c) Die Regelungssystematik der §§ 109ff. InsO	456
aa) Die Unterscheidung nach Insolvenz des Mieters oder des Vermieters	456
bb) Die Unterscheidung nach dem Zeitpunkt der Gebrauchsüberlassung	456
cc) Die Regelungssystematik im Überblick	456
2. Das Mietverhältnis in der Insolvenz des Mieters nach § 109 InsO	457

a)	Die Insolvenz vor Gebrauchsüberlassung an den Mieter	457
aa)	Das Rücktrittsrecht des Insolvenzverwalters oder des Vermieters	457
bb)	Der Schadensersatzanspruch des Vermieters nach § 109 Abs. 2 S. 2 InsO	458
cc)	Das taktische Verhalten des Insolvenzverwalters nach § 109 Abs. 2 S. 3 InsO	458
dd)	Die Vollziehung des Miet- oder Pachtverhältnisses	459
b)	Die Insolvenz nach Gebrauchsüberlassung an den Mieter	459
aa)	Das besondere Kündigungsrecht des Insolvenzverwalters nach § 109 Abs. 1 InsO	459
bb)	Die Ansprüche des Vermieters nach Kündigung durch den Insolvenzverwalter	460
cc)	Die Kündigung durch den Vermieter	461
c)	Die besondere Erklärung des Insolvenzverwalters bei Wohnraummiete	461
aa)	Die Problemstellung für den Insolvenzverwalter und den Schuldner	461
bb)	Die Erklärung nach § 109 Abs. 1 S. 2 InsO	462
d)	Die Ansprüche des Vermieters bei Vertragserfüllung	463
3.	Das Mietverhältnis in der Insolvenz des Vermieters	463
a)	Die Insolvenz vor Gebrauchsüberlassung an den Mieter	463
b)	Die Insolvenz nach Gebrauchsüberlassung an den Mieter	464
aa)	Die Fortdauer des Vertragsverhältnisses ohne Sonderkündigungsrecht	464
bb)	Die Voraussetzungen über die Miete nach § 110 Abs. 1 InsO	464
cc)	Die Aufrechnungsbefugnis des Mieters nach § 110 Abs. 3 InsO	465
dd)	Die Rechte des Mieters nach Beendigung des Mietverhältnisses	466
c)	Das Sonderkündigungsrecht des Erwerbers bei Veräußerung nach § 111 InsO	466
4.	Die Abwicklung von Leasingverträgen im Insolvenzverfahren	470
a)	Die Nichterfüllung des Leasingvertrages nach § 103 InsO	470
b)	Das Fortbestehen des refinanzierten Leasingkaufs nach § 108 Abs. 1 S. 2 InsO	470
VI.	Dienst-, Arbeits- und Geschäftsbesorgungsverhältnisse im Insolvenzverfahren	471
1.	Die Bedeutung des Arbeitsrechts im Insolvenzverfahren	471
2.	Die Regelungen der §§ 113 ff. InsO im Überblick	471
3.	Der Bestand des Arbeitsverhältnisses vor Insolvenzeröffnung	472
a)	Die systematische Einordnung von Lohn- und Gehaltsforderungen	472
b)	Der Anspruchsübergang bei Leistung von Insolvenzgeld	473
4.	Die Kündigung von Dienst- und Arbeitsverhältnissen nach § 113 S. 1 InsO	474
a)	Die Beendigung des Arbeitsverhältnisses	474
aa)	Das Kündigungsrecht beider Teile	474
bb)	Die Kündigungsfrist des § 113 S. 2 InsO	475
cc)	Die Lohn- und Gehaltsforderungen als Masseverbindlichkeiten	476
dd)	Der Schadensersatzanspruch des Arbeitnehmers	477
b)	Die sachlichen Voraussetzungen wirksamer Kündigung durch den Insolvenzverwalter	478

aa)	Das Vorliegen der individual-arbeitsrechtlichen Voraussetzungen	478
bb)	Der Kündigungsschutz bei Massenentlassungen	478
cc)	Das Beschlussverfahren zu Betriebsänderungen	479
c)	Die Vornahme von Entlassungen bei Betriebsübergang und § 613 a BGB	479
5.	Die Kündigung von Betriebsvereinbarungen und Vornahme von Betriebsänderungen nach §§ 120 ff. InsO	479
a)	Die Kündigung von Betriebsvereinbarungen durch den Insolvenzverwalter	479
b)	Der Anspruch auf Zustimmung zu Betriebsänderungen	480
6.	Der Sozialplan im Insolvenzverfahren nach § 123 InsO	480
a)	Die Pflicht des Insolvenzverwalters zur Erstellung eines Sozialplans	480
b)	Der Sozialplan vor Insolvenzeröffnung	480
c)	Die Erstellung eines Sozialplans nach Insolvenzeröffnung	481
7.	Das Erlöschen von Auftrags- und Geschäftsbesorgungsverhältnissen nach §§ 115 ff. InsO	481
a)	Die Regelungssystematik der §§ 115 bis 117 InsO	481
b)	Die von § 115 InsO erfassten Rechtsverhältnisse	482
aa)	Der Auftrag nach §§ 662 ff. BGB	482
bb)	Die Geschäftsbesorgung nach § 675 BGB	482
cc)	Der Kontovertrag als Sonderfall des § 116 S. 3 InsO	483
dd)	Die Vollmachtserteilung nach §§ 164 ff. BGB	483
ee)	Die Prokura nach §§ 48 ff. HGB	483
c)	Die Folgen der Insolvenzeröffnung	484
aa)	Das Erlöschen der Rechtsverhältnisse mit Insolvenzeröffnung	484
bb)	Das Schicksal von Aufwendungsersatz- und Vergütungsansprüchen	484
d)	Das Fortbestehen bei Notgeschäftsführung	485
e)	Der Schutz des gutgläubigen Auftragnehmers oder Bevollmächtigten	485
11. Kapitel.	Die Insolvenzanfechtung	487
I.	Der Zweck der Insolvenzanfechtung	487
1.	Die Durchsetzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes im Vorfeld der Insolvenz	487
a)	Die Rückgängigmachung eines sachlich nicht gerechtfertigten Vermögenserwerbs	487
b)	Die actio Pauliana des römischen Rechts als Urbild der Insolvenzanfechtung	488
c)	Die Anfechtung in Konkurs und Gesamtvollstreckung	488
d)	Die Neuregelung des Anfechtungsrechts durch die Insolvenzordnung	489
2.	Die Insolvenzanfechtung im Vergleich zur Gläubigeranfechtung	489
3.	Die Prüfung eines Anfechtungstatbestandes	490
II.	Die Geltendmachung einer Insolvenzanfechtung durch den Insolvenzverwalter	492
1.	Der Anfechtungsanspruch nach § 143 InsO	492
a)	Der Anspruch auf Rückgewähr als schuldrechtlicher Verschaffungsanspruch	492
aa)	Die Rückgewähr bei Anfechtung eines Verfügungsgeschäfts	492
bb)	Die Rückgewähr bei Anfechtung eines Verpflichtungsgeschäfts	493

b) Die ergänzende Anwendung bereicherungsrechtlicher Regelungen	493
2. Der Streit um die Rechtsnatur des Anfechtungsanspruchs	494
a) Die Theorien zum Anfechtungsanspruch	494
b) Der Zeitpunkt des Entstehens des Anfechtungsanspruchs und sein Erlöschen	496
3. Die Geltendmachung des Anfechtungsanspruchs	497
a) Die Leistungsaufforderung des Insolvenzverwalters	497
b) Die Erhebung der Anfechtungsklage	498
c) Die Anfechtung gegen den Rechtsnachfolger des Anfechtungsgegners nach § 145 InsO	498
d) Die Verjährung des Anfechtungsanspruchs nach § 146 InsO	499
4. Die Folgen der Anfechtung für den Anfechtungsgegner	500
a) Das Wiederaufleben seines Anspruchs als Insolvenzforderung nach § 144 Abs. 1 InsO	500
b) Die Rückerstattung der Gegenleistung nach § 144 Abs. 2 InsO bei Anfechtung von Verpflichtungsgeschäften des Schuldners	502
III. Die allgemeinen Anfechtungsvoraussetzungen	503
1. Die anfechtbare Rechtshandlung nach § 129 InsO	503
a) Der Begriff der Rechtshandlung	503
aa) Die Rechtshandlung des Schuldners	503
bb) Die Rechtshandlung eines Gläubigers gegen den Schuldner	506
cc) Die Zwangsvollstreckungsmaßnahme als anfechtbare Rechtshandlung nach § 141 InsO	506
dd) Das Unterlassen als Rechtshandlung nach § 129 Abs. 2 InsO	507
b) Der für die Beendigung der Rechtshandlung maßgebliche Zeitpunkt	508
aa) Die Grundnorm des § 140 Abs. 1 InsO	508
bb) Der maßgebliche Zeitpunkt bei Grundstücksgeschäften nach § 140 Abs. 2 InsO	509
cc) Der maßgebliche Zeitpunkt bei bedingten Rechtshandlungen nach § 140 Abs. 3 InsO	513
dd) Die Beendigung einer Rechtshandlung nach Insolvenzeröffnung nach § 147 InsO	514
2. Die Gläubigerbenachteiligung	515
a) Die allgemeinen Voraussetzungen der Gläubigerbenachteiligung	515
aa) Die Gläubigerbenachteiligung als kausale Folge der Rechtshandlung	515
bb) Die Unterscheidung zwischen mittelbarer und unmittelbarer Gläubigerbenachteiligung	516
b) Das Bargeschäft nach § 142 InsO	518
aa) Die Voraussetzungen des anfechtungsfesten Bargeschäfts	518
bb) Die Anfechtbarkeit wegen Benachteiligungsvorsatz und unlauterem Handeln	519
cc) Leistungen im Drei-Personen-Verhältnis	520
IV. Die einzelnen Anfechtungstatbestände	522
1. Die Anfechtung von Verfügungsgeschäften wegen kongruenter oder inkongruenter Deckung nach §§ 130 oder 131 InsO	522
a) Die allgemeine Unterscheidung zwischen kongruenter und inkongruenter Deckung	522
aa) Die den Deckungsgeschäften gemeinsamen Tatbestandsmerkmale	522
bb) Die Abgrenzung kongruenter von inkongruenter Deckung	523

b) Die besonderen Anfechtungsvoraussetzungen des § 130 Abs. 1 InsO	526
aa) Die Zahlungsunfähigkeit des Schuldners und die Kenntnis des Gläubigers	527
bb) Die Kenntnis des Gläubigers vom Insolvenzantrag	527
c) Die besonderen Anfechtungsvoraussetzungen des § 131 Abs. 1 InsO	528
d) Die konkrete Berechnung des für die Rechtshandlung maßgeblichen Zeitraums nach § 139 InsO	529
e) Die Beweislastregeln und die Beweislastumkehr bei nahestehenden Personen	530
aa) Die Beweiserleichterung bei Kenntnis von Umständen der Zahlungsunfähigkeit	530
bb) Die Beweislastumkehr bei nahestehenden Personen nach § 138 InsO	531
2. Die Anfechtung von unmittelbar benachteiligenden Rechtsgeschäften nach § 132 InsO	532
3. Die Vorsatzanfechtung nach § 133 InsO	533
a) Rechtsentwicklung und Fallgruppen der Vorsatzanfechtung nach § 133 Abs. 1 InsO	533
b) Die Tatbestandsvoraussetzungen der Vorsatzanfechtung ...	534
aa) Die Rechtshandlung des Schuldners	534
bb) Der Benachteiligungsvorsatz des Schuldners	535
cc) Die Kenntnis vom Benachteiligungsvorsatz	536
dd) Die Besonderheiten der Vorsatzanfechtung gegenüber nahestehenden Personen	538
4. Die Anfechtung unentgeltlicher Leistungen nach § 134 InsO	538
5. Die Anfechtung von Gesellschafterleistungen nach § 135 InsO ...	540
a) Das Gesellschafterdarlehen im Insolvenzverfahren	540
b) Die Anfechtung der Besicherung nach § 135 Nr. 1 InsO	541
c) Die Anfechtung der Rückzahlung nach § 135 Nr. 2 InsO	542
V. Typische Fallgruppen einer Insolvenzanfechtung	546
1. Der Abschluss von Zahlungsvereinbarungen mit dem Schuldner	546
2. Die Zahlung des Schuldners zur Abwendung der Zwangsvollstreckung oder eines Insolvenzantrags	548
a) Die Zahlung zur Abwendung der Zwangsvollstreckung nach BGHZ 155, 75	548
b) Die Zahlung zur Abwendung eines Insolvenzantrags nach BGHZ 157, 242	550
3. Die Zwangsvollstreckung gegen den Schuldner	551
a) Die Zwangsvollstreckung als inkongruente Deckung	551
b) Die Anfechtung der Pfändung auch nach bereits erfolgter Verwertung	552
4. Die Insolvenzanfechtung im Grundstücksverkehr	553
a) Die Anfechtung bei Grundstücksveräußerung	553
aa) Der Aufbau einer anfechtungsrechtlichen Prüfung	553
bb) Die Anfechtung des Eigentumserwerbs unter Berücksichtigung des § 140 Abs. 2 InsO	554
cc) Die Anfechtbarkeit der Vormerkungsbestellung	554
dd) Die Anfechtbarkeit des schuldrechtlichen Grundgeschäfts und § 144 Abs. 2 InsO	554
b) Die Anfechtung der Bestellung von Grundpfandrechten	556
aa) Die Anfechtung rechtsgeschäftlich bestellter Grundpfandrechte	556

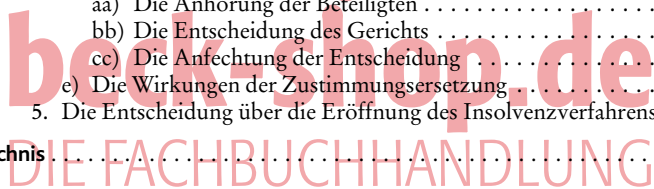
bb) Die Anfechtung von Vormerkung und Sicherungshypothek im Wege der Zwangsvollstreckung	557
c) Die Anfechtung der Einbeziehung ungesicherter Forderungen in eine offene Sicherheit	558
4. Teil. Die besonderen Verfahrensarten	561
12. Kapitel. Das Insolvenzplanverfahren	561
I. Die Ziele des Insolvenzplanverfahrens	561
1. Die Überlegungen des Gesetzgebers zum Insolvenzplanverfahren	561
2. Die Gestaltungsmöglichkeiten im Insolvenzplan	563
a) Die Liquidation des schuldnerischen Unternehmens	563
b) Die Sanierung des Unternehmens	563
aa) Die übertragende Sanierung des Unternehmens	565
bb) Die Sanierung des Unternehmens und des Unternehmensträgers	566
3. Die Stellung des Insolvenzplans innerhalb des Insolvenzverfahrens	569
II. Der Aufbau eines Insolvenzplans	569
1. Die Gliederung des Insolvenzplans nach §§ 219ff. InsO	569
2. Der Inhalt des darstellenden Teils nach § 220 InsO	570
a) Der Bericht zu den Ursachen der Insolvenz und den weiteren Maßnahmen	570
b) Die Darstellung des Ziels des Insolvenzplans	571
c) Die Vergleichsrechnung	571
d) Der beispielhafte Aufbau des darstellenden Teils	573
3. Die Bildung von Gläubigergruppen als zentrales Instrument des Insolvenzplans	574
a) Die obligatorische Gruppenbildung nach § 222 Abs. 1 InsO	574
b) Die fakultative Gruppenbildung nach § 222 Abs. 2 InsO	576
4. Der Inhalt des gestaltenden Teils nach §§ 221ff. InsO	578
a) Die Änderung der Rechtsstellung der Beteiligten	578
b) Die Änderung sachenrechtlicher Verhältnisse nach § 228 InsO	580
aa) Die Bestellung und Freigabe von Mobiliarsicherheiten	580
bb) Die Abgabe grundstücks- und grundbuchrechtlicher Erklärungen	581
cc) Die Abgabe gesellschaftsvertraglicher Erklärungen	582
5. Weitere Festlegungen des Insolvenzplans	583
a) Die Überwachung der Planerfüllung durch den Insolvenzverwalter	583
b) Die Festlegung eines Kreditrahmens nach § 264 InsO	583
6. Die notwendigen Anlagen zum Insolvenzplan	584
a) Die Vermögensübersicht nach § 229 InsO	584
b) Die Erklärungen bei Unternehmensfortführung nach § 230 InsO	585
III. Das Insolvenzplanverfahren	585
1. Die Einbringung des Insolvenzplans	585
a) Das Recht zur Planinitiative nach § 218 InsO	586
aa) Das Planinitiativrecht des Schuldners	586
bb) Das originäre Planinitiativrecht des Insolvenzverwalters	586
b) Der Insolvenzplan bei Masseunzulänglichkeit	587
2. Das Verfahren bis zum Erörterungs- und Abstimmungstermin	588
a) Die Vorprüfung durch das Insolvenzgericht nach § 231 InsO	588
b) Die Einbeziehung der Beteiligten nach §§ 232ff. InsO	589
c) Die Bestimmung des Erörterungs- und Abstimmungstermins nach § 235 InsO	590
3. Die Abstimmung der Gläubiger über den Insolvenzplan	590

a)	Der Erörterungs- und Abstimmungstermin nach § 235 InsO . . .	590
b)	Die Abstimmung über den Insolvenzplan	591
c)	Die zur Planannahme erforderlichen Mehrheiten nach § 244 InsO	593
4.	Das Obstruktionsverbot des § 245 InsO	595
a)	Der Zweck des Obstruktionsverbots	595
b)	Die Voraussetzungen der Zustimmungsfiktion nach § 245 Abs. 1 InsO	595
aa)	Das Verbot der Schlechterstellung nach § 245 Abs. 1 Nr. 1 InsO	596
bb)	Die angemessene Beteiligung nach § 245 Abs. 1 Nr. 2 InsO	597
cc)	Das Mehrheitserfordernis des § 245 Abs. 1 Nr. 3 InsO	598
5.	Die Zustimmung nachrangiger Gläubiger nach § 246 InsO	600
6.	Die Zustimmung des Schuldners nach § 247 InsO	601
7.	Die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplans nach §§ 248 ff. InsO	602
a)	Der Prüfungsumfang des Insolvenzgerichts	602
b)	Die Prüfung von Verfahrensverstößen nach § 250 InsO	602
c)	Der Minderheitenschutz nach § 251 InsO	603
d)	Die Bekanntgabe der Entscheidung nach § 252 InsO	603
8.	Die Wirkungen des bestätigten Insolvenzplans nach §§ 254 ff. InsO	604
a)	Die allgemeinen Wirkungen nach § 254 InsO	604
b)	Das Wiederaufleben von Forderungen nach § 255 InsO	604
c)	Die Berücksichtigung bestrittener Forderungen nach § 256 InsO	605
d)	Die Vollstreckung aus dem Insolvenzplan nach § 257 InsO	605
9.	Die Aufhebung des Insolvenzverfahrens nach § 258 InsO	606
13. Kapitel.	Das Verfahren der Eigenverwaltung	609
I.	Die Rechtsentwicklung zur Eigenverwaltung	609
1.	Die Eigenverwaltung als flexibles Instrument der Selbst- verwaltung	609
2.	Vorläufige Eigenverwaltung und Schutzschirmverfahren	609
3.	Die künftige Entwicklung der Eigenverwaltung	611
II.	Das vorläufige Eigenverwaltungsverfahren	612
1.	Der Antrag des Schuldners	612
a)	Allgemeine Voraussetzungen	612
aa)	Der Antrag auf Zulassung zur Eigenverwaltung	612
bb)	Keine Beeinträchtigung der Gläubiger	613
b)	Die vorläufige Eigenverwaltung nach § 270a InsO	614
c)	Das so genannte Schutzschirmverfahren nach § 270b InsO	614
2.	Die Anordnung von Sicherungsmaßnahmen	616
3.	Rechte und Pflichten der Verfahrensbeteiligten	617
a)	Die Rechte und Pflichten des Schuldners im Eröffnungsverfahren	617
b)	Die Rechtsstellung des vorläufigen Sachwalters	617
c)	Die Begründung von Masseverbindlichkeiten	618
4.	Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens in Eigenverwaltung	620
a)	Die Anordnung durch das Insolvenzgericht	620
b)	Die Anordnung der Eigenverwaltung auf Beschluss der Gläubigerversammlung	620
5.	Die Aufhebung der Eigenverwaltung	621
III.	Die Rechtsstellung der Verfahrensbeteiligten in der Eigenverwaltung	622
1.	Die Befugnisse und die Pflichten des Schuldners	622
a)	Die vermögensrechtlichen Befugnisse des Schuldners	622
aa)	Die Anordnung eines Zustimmungsvorbehalts	623
bb)	Die Zustimmungsbefähigung nach § 276 InsO	623

b) Die insolvenzspezifischen Aufgaben und Befugnisse des Schuldners	624
2. Die Rechtsstellung des Sachwalters	625
14. Kapitel. Das Restschuldbefreiungsverfahren	627
I. Die Grundlagen der Restschuldbefreiung	627
1. Die wirtschaftliche und rechtliche Ausgangssituation	627
2. Der Standort der Restschuldbefreiung im Insolvenzrecht	628
a) Die Restschuldbefreiung als Teil des Insolvenzrechts	628
b) Die Verfassungsmäßigkeit der Restschuldbefreiung	628
c) Die Redlichkeit des Schuldners als sachliche Voraussetzung einer Restschuldbefreiung	629
d) Die Restschuldbefreiung im Rechtsvergleich	630
3. Die Reform des Restschuldbefreiungsverfahrens mit Wirkung zum 1. Juli 2014	631
II. Die Durchführung des Restschuldbefreiungsverfahrens	631
1. Der Verfahrensablauf im Überblick	631
2. Der zur Restschuldbefreiung zugelassene Personenkreis	632
3. Das Durchlaufen eines Insolvenzverfahrens	633
a) Die Durchführung eines Regel- oder eines Verbraucherinsolvenzverfahrens	633
4. Der Antrag des Schuldners auf Erteilung der Restschuldbefreiung	634
a) Die allgemeinen Zulässigkeitsvoraussetzungen	634
aa) Die Form der Antragstellung	634
bb) Der Zeitpunkt der Antragstellung	634
b) Die Abtretung des pfändbaren Teils des Arbeitseinkommens	635
c) Die Dauer der Abtretung des pfändbaren Teils des Arbeitseinkommens	636
d) Vorschlag eines geeigneten Treuhänders	638
5. Die Eingangsentscheidung zur Restschuldbefreiung nach § 287a InsO	638
a) Der Zweck der Entscheidung	638
b) Zulässigkeit und Begründetheit des Restschuldbefreiungsantrags	638
c) Die Sperrfristen nach § 287 a Abs. 2 InsO	639
d) Zurückweisung des Antrags auf Restschuldbefreiung	640
e) Die Zulassung des Schuldners zur Restschuldbefreiung	640
6. Der Ablauf des Restschuldbefreiungsverfahrens	641
a) Die Entscheidung des Gerichts nach dem Schlusstermin	641
b) Die Einziehung und Verteilung des pfändbaren Teils des Arbeitseinkommens	641
c) Die rechtliche Stellung der Insolvenzgläubiger	643
d) Die Obliegenheiten des Schuldners nach § 295 InsO	644
aa) Verpflichtung zu angemessener Erwerbstätigkeit	644
bb) Verpflichtung zur Abgabe nachlassrechtlicher Vermögenserwerbs	646
cc) Meldepflichten gegenüber dem Treuhänder	646
dd) Verbot von Sonderzahlungen an die Gläubiger	646
ee) Überwachung des Schuldners nach § 292 Abs. 2 InsO	646
7. Die Erteilung der Restschuldbefreiung	647
a) Die Erteilung der Restschuldbefreiung nach Ablauf der regelmäßigen Abtretungsfrist	647
b) Die Erteilung der Restschuldbefreiung bei Fehlen von Insolvenzgläubigern oder vollständiger Befriedigung	647
c) Die Erteilung der Restschuldbefreiung nach fünf Jahren und Deckung der Kosten	648

d)	Die Erteilung der Restschuldbefreiung nach drei Jahren und 35 Prozent Gläubigerbefriedigung	648
8.	Die Wirkungen der Restschuldbefreiung	651
a)	Die Umwandlung der Insolvenzforderungen in Naturalobligationen	651
b)	Von der Restschuldbefreiung ausgenommene Forderungen	651
III.	Die Versagung der Restschuldbefreiung	655
1.	Überblick	655
2.	Die Versagung der Restschuldbefreiung im Insolvenzverfahren	655
a)	Antragsrecht eines Insolvenzgläubigers	655
b)	Zeitpunkt der Antragstellung	656
c)	Die Gründe einer Versagung der Restschuldbefreiung nach § 290 Abs. 1 InsO	657
aa)	Allgemeine Grundsätze zu den Versagungstatbeständen	657
bb)	Die Versagungstatbestände im Einzelnen	657
d)	Glaubhaftmachung des Versagungsgrundes	660
e)	Entscheidung des Gerichts	661
3.	Die Versagung der Restschuldbefreiung während des Abtretungszeitraums	661
a)	Die Obliegenheitsverletzung des Schuldners nach § 296 InsO	661
b)	Die Verurteilung wegen einer Insolvenzstraftat nach § 297 InsO	663
c)	Die fehlende Deckung der Mindestvergütung des Treuhänders nach § 298 InsO	664
d)	Die Folgen der Versagung der Restschuldbefreiung	665
4.	Der Widerruf der Restschuldbefreiung nach § 303 InsO	665
15. Kapitel.	Das Verbraucherinsolvenzverfahren	667
I.	Die Grundlagen der Verbraucherinsolvenz	667
1.	Die Gesetzgebungsgeschichte zum Verbraucherinsolvenz- verfahren	667
2.	Der Verfahrensablauf im Überblick	668
II.	Das Insolvenzeröffnungsverfahren	669
1.	Der Antrag des Schuldners auf Insolvenzeröffnung	669
a)	Der wesentliche Inhalt des Antrags	670
aa)	Die Bestimmung der Verfahrensart	670
bb)	Der Antrag auf Gewährung von Kostenstundung	670
b)	Die Form des Insolvenzantrags	670
c)	Die inhaltlichen Erfordernisse des § 305 Abs. 1 InsO	671
aa)	Der Nachweis über das Scheitern außergerichtlicher Schuldenbereinigung	671
bb)	Der Antrag auf Erteilung der Restschuldbefreiung	675
cc)	Das Vermögensverzeichnis und das Gläubigerverzeichnis	675
dd)	Der Schuldenbereinigungsplan	676
d)	Mängel des Antrags und Mängelbeseitigung nach § 305 Abs. 3 InsO	677
2.	Der Antrag eines Gläubigers auf Insolvenzeröffnung	678
a)	Das Antragsrecht des Gläubigers nach § 13 InsO	678
b)	Die Aufforderung des Schuldners zur eigenen Antragstellung	678
3.	Das gerichtliche Schuldenbereinigungsverfahren	679
a)	Die Entscheidung des Gerichts über Durchführung des Verfahrens	679
b)	Das Ruhen des Eröffnungsverfahrens nach § 306 Abs. 1 InsO	680
c)	Die Anordnung einstweiliger Sicherungsmaßnahmen	680
d)	Die Zustellung des Schuldenbereinigungsplans an die Gläubiger	681

aa)	Die zuzustellenden Schriftstücke	681
bb)	Die Notfrist für die Gläubiger nach § 307 Abs. 1 InsO	681
e)	Die Änderung des Plans durch den Schuldner nach § 307 Abs. 3 InsO	682
f)	Die Annahme des Schuldenbereinigungsplans	682
g)	Die Wirkungen des angenommenen Schuldenbereinigungsplans	683
aa)	Die Wirkung eines Prozessvergleichs nach § 794 Abs. 1 Nr. 1 ZPO	683
bb)	Das Erlöschen von Forderungen der Gläubiger nach § 308 Abs. 3 InsO	684
4.	Die Zustimmungsersetzung nach § 309 InsO	685
a)	Die Bedeutung und der Zweck der Vorschrift	685
b)	Der Antrag auf Ersetzung der Zustimmung widersprechender Gläubiger	685
c)	Die sachlichen Voraussetzungen der Zustimmungsersetzung	686
aa)	Die Zustimmung von mehr als der Hälfte der Gläubiger nach § 309 Abs. 1 S. 1 InsO	686
bb)	Die angemessene Beteiligung der Gläubiger nach § 309 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 InsO	687
cc)	Die wirtschaftliche Stellung der Gläubiger nach § 309 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 InsO	688
dd)	Der Ausschluss der Zustimmungsersetzung nach § 309 Abs. 3 InsO	690
d)	Das Verfahren der Zustimmungsersetzung	691
aa)	Die Anhörung der Beteiligten	691
bb)	Die Entscheidung des Gerichts	691
cc)	Die Anfechtung der Entscheidung	691
e)	Die Wirkungen der Zustimmungsersetzung	691
5.	Die Entscheidung über die Eröffnung des Insolvenzverfahrens	694
Stichwortverzeichnis	695



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG